



EDITORIAL

Tiefere Steuern nützen allen

Dr. Theo Voegtli,
Parteipräsident

Am 26. November 2006 kann die Aargauer Stimmbevölkerung über das neue Steuergesetz befinden. Eine breite Koalition aus CVP, FDP, EVP, SVP, der AIHK, dem Gewerbe-, dem Hauseigentümer- und dem Bauernverband plädiert für ein Ja. Die Linke hingegen spricht populistisch von einem Steuergeschenk, welches nur den Reichen nützt und dem Aargau schadet. Diese Argumentation ist schlicht falsch! Das neue Steuergesetz

- ▶ entlastet Familien mit Kindern und Personen mit tiefem Einkommen.
- ▶ verbessert die Standortattraktivität unseres Kantons für Firmen und Steuerpflichtige aller Stufen.
- ▶ stärkt den Mittelstand durch Entlastung von Familien, Rentnern und Unternehmern.
- ▶ stärkt den Wirtschaftsraum Aargau, seine Firmen und schafft damit neue Arbeitsplätze.

Aus all diesen Gründen rufe ich Sie auf, am 26. November 2006 Ja zum neuen Steuergesetz zu sagen. Die CVP empfiehlt Ihnen auch, bei den beiden nationalen Vorlagen zum Familienzulagengesetz (ein Uranliegen der CVP) und bei der Osthilfe ein überzeugtes Ja einzulegen.

Abstimmungsparolen für den 26. November 2006

Osthilfe: **Ja**
Familienzulagen: **Ja**
(einstimmig)
Kantonales Steuergesetz: **Ja**

Kantonales CVP-Komitee zu den Familienzulagen gegründet

Die CVP Aargau hat vor wenigen Tagen ein kantonales Komitee gegründet, welches sich für das Familienzulagengesetz stark macht, über welches das Stimmvolk am 26. November 2006 zu befinden hat. Dem Co-Präsidium gehören folgende Persönlichkeiten an: Dr. Andreas Brunner, Grossrat und CVP-Fraktionspräsident, Oberentfelden; Esther Egger, Grossratspräsidentin und Vizepräsidentin der CVP Aargau, Kirchdorf; Ruth Humbel Näf, Nationalrätin, Birmenstorf; Annemarie Schönenberger, Präsidentin der CVP-Frauen Aargau, Lengnau; Dr. Theo Voegtli,

Grossrat und Parteipräsident der CVP Aargau, Kleindöttingen, sowie Dr. Markus Zemp, Nationalrat, Schafisheim.

Die CVP setzt sich seit Jahren für Familienanliegen ein. Deshalb tritt die CVP Aargau im Abstimmungskampf mit einem eigenen Komitee in Erscheinung und sagt JA zu den Kinderzulagen. Dem Komitee haben sich zwischenzeitlich über 80 weitere Personen angeschlossen. Weitere Anmeldungen nimmt das CVP-Sekretariat (056 222 97 97, Mail: info@cvp-aargau.ch) entgegen.

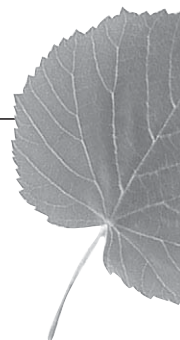
I	Agenda	4
N	Ausgang Motion Feiertagsregelung	3
H	Beitrag Kohäsionsmilliarde	3
A	Bericht GRP	2
L	CVP-Komitee zum Familienzulagengesetz	1
T	Parolenfassungen Parteitag	1
I	Editorial	1

kosmetikspezial 2006 november

es wird langsam kalt... gönnen sie sich eine entspannende und wärmende hot stones behandlung.
CHF 10.- reduktion.

 **lindenapothek**

schinhuetweg 5
5035 unterentfelden
telefon 062 737 46 37





Esther Egger,
Präsidentin
des Grossen Rates
des Kantons Aargau

Grossratspräsidentin mit Bodenhaftung

Mein Amt als Grossratspräsidentin hat mir in den letzten 6 Monaten sehr viel Neues, Spannendes und Bereicherndes gebracht. Im ganzen Kanton wird mir sehr viel Wertschätzung entgegengebracht, dabei bemühe ich mich aber, nie zu vergessen, dass diese dem Amt und nicht meiner Person gilt. Denn unverrückbar kommt die Zeit danach – als ganz „normale“ Bürgerin und Politikerin. Es gilt daher immer, die Bodenhaftung beizubehalten und das Amt zwar zu geniessen, aber niemals abzuheben.

Das Grossratspräsidium ist grundsätzlich keine politische Rolle – ausser bei Stichentscheiden –, sondern bedeutet Moderieren der Sitzungen. Ich bin verantwortlich für speditiv geführte Debatten – auf die einzelnen Voten habe ich aber natürlich keinen Einfluss. Die bis anhin geleiteten Grossratssitzungen waren für mich aber Herausforderung pur, wenn ich an die intensiven Debatten bei der 1. und 2. Beratung der Steuergesetzrevision oder an die drei Planungsberichte Energie, Raumentwicklung und Mobilität Aargau denke. Die äusserst vielen Anträge und Voten haben von mir uneingeschränkte Konzentration, aber auch Kenntnis der Materie gefordert.

Bei der Führung des Rats kann ich auf einen sehr gut organisierten und professionell arbeitenden Parlamentsdienst zurückgreifen. Die langjährige Erfahrung des Ratssekretärs gleicht den jährlichen Wechsel des Präsidiums hervorragend aus.

Die Verkleinerung des Grossen Rats hat aus meiner Sicht zwar Verbesserungen gebracht. Die Ratsdebatten sind effizienter geworden – es konnten sogar einige Sitzungen gestrichen werden –, der Aufwand für die Kommissionsarbeit ist aber keineswegs geringer geworden. Die Effizienz eines Rates darf jedoch auf keinen Fall nur am zeitlichen Aufwand gemessen werden, denn letztendlich zählen sachlich gute Entscheide und nicht die Länge des Wegs dazu.

Ein grosser – und zeitaufwändiger – Teil meiner Aufgabe besteht im Repräsentieren des Parlaments. Den Besuch von verschiedensten Veranstaltungen sehe ich als Wertschätzung für die grosse und vielfach ehrenamtliche Arbeit, die im Kanton Aargau geleistet wird, deshalb mache ich dies gerne. Aber nicht immer darf ich nur Mittagessen und Apéros geniessen, sondern es gilt, auch Grussbotschaften, Ansprachen und Festreden vorzubereiten und so mich in die breite Palette der Themen einzulesen und einzudenken.

Gepflegt werden von der Ratsleitung auch Kontakte mit anderen



Das Grossratsgebäude in Aarau.

Kantonen, mit dem Oberrheinrat, zwischen den drei Gewalten (Regierungsrat, Justiz und Grosser Rat), mit den eidgenössischen ParlamentarierInnen, den militärischen Truppen, wie auch mit den Medienschaffenden. Dieser Austausch ist sehr wertvoll und fördert das gegenseitige Verständnis und die Zusammenarbeit.

Für Spannung ist bestimmt auch im nächsten halben Jahr gesorgt, stehen doch weitere schwergewichtige Geschäfte wie der Aufgaben- und Finanzplan, die Dekretsänderung der Aargauischen Pensionskasse, die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung, eine allfällige Rechtsformänderung der Aargauischen Kantonalbank usw. an.

Schon heute kann ich versichern, dass ich die Zeit als Grossratspräsidentin bestimmt nie vergessen und sicher auch niemals missen möchte. Obwohl ich nach einem Jahr wahrscheinlich etwas genug von den vielen Veranstaltungen habe, die Ratsleitung könnte ich mir schon für ein weiteres Jahr vorstellen. Der Rat hat aber klar entschieden, das Präsidium bleibt auf ein Jahr beschränkt – und dies ist gut so –, denn trotz allem ist dies halt doch ein politisches Amt, denn auch als Grossratspräsidentin vertrete ich meine Partei mit ihren Werten.

PROFILPRESS AG METALLWARENFABRIK

Eine der modernsten und flexibelsten Zulieferfirmen in Europa für Serien-, CNC-Stanz- und Abkantteile sowie Gehäusebau inkl. Oberflächenbehandlungen.

Gotthardstrasse 2

CH - 5630 Muri / Aargau

Tel. 056 / 675 71 00 Fax. 056 / 675 71 01

Internet: www.profilpress-ag.com

E-mail: profilpress@profilpress-ag.com



Markus Zemp,
Nationalrat

Im Interesse der Schweiz

Am 26. November 2006 stimmen wir über das Osthilfegesetz ab. Dabei geht es unter anderem um die sogenannte Kohäsionsmilliarde an die neuen EU-Länder. Die Schweiz verpflichtet sich dabei, über 10 Jahre je 100 Millionen in Projekte zum Aufbau der Infrastruktur und zur Stützung der Demokratie in den neuen EU-Ländern zur Verfügung zu stellen. Damit erfüllt die Schweiz eine Zusicherung, welche sie bei den Aushandlungen zu den bilateralen Verträgen gemacht hat. Die SVP hat zusammen mit der AUNS, den Schweizer Demokraten und der Lega gegen dieses Gesetz das Referendum ergriffen, nicht weil sie dagegen ist, sondern weil diese Milliarde nicht voll kompensiert würde. Diese Behauptung ist aber falsch, denn 60 % werden durch Einsparungen von Hilfsgeldern in Osteuropa eingespart und der Rest wird aus den neuen Erträgen aus der Zinsbesteuerung für EU-Bürger finanziert. Es werden also keine neuen Steuergelder eingesetzt!

Diese Kohäsionsmilliarde ist im Interesse unseres Landes und wird der Wirtschaft viele neue Aufträge brin-

gen. Volkswirtschaften, welche sich entwickeln, brauchen Industriegüter, bauen Infrastrukturen (Bahnen, Strassen etc.) und schaffen Arbeit. Damit kann unsere Exportindustrie neue Aufträge sichern, und der Auswanderungsdruck aus diesen Ländern sinkt. Die Wirtschaftszahlen aus den neuen EU-Ländern sind beachtlich: Das

durchschnittliche Wirtschaftswachstum lag 1996 bis 2005 bei 4.4 % pro Jahr; dasjenige der Schweiz bei 1.5 %. Wir exportieren derzeit jährlich für 4 Milliarden Güter in die neuen EU-Länder, wobei dieser Betrag jährlich um 10 % wächst. Bei einem Nein verpassen wir eine Chance und strapazieren die guten Beziehungen zur EU.



Die Stadt Krakau in Südpolen: Blick auf den Marktplatz mit Rathausturm und den Tuchhallen.

Feiertage sollen bleiben

Motion von Otto Wertli überwiesen

Die von Grossrat Otto Wertli eingereichte Motion zur Feiertagsregelung wurde an der Grossratsitzung vom 24. Oktober 2006 mit 80 zu 36 Stimmen an den Regierungsrat überwiesen. Das eidgenössische Arbeitsgesetz sieht vor, dass die Kantone acht Feiertage festlegen können, welche den Sonntagen gleichgestellt sind. Dabei kann regionalen Unterschieden Rechnung getragen werden. Der Aargau hatte bisher eine solche Regelung. Der Regierungsrat wollte dies ändern und von Murgenthal bis Spreitenbach und vom Rhein bis ins obere Freiamt alles über einen Leist schlagen. Dabei wären kirchliche Feiertage wie Allerheiligen und Fronleichnam von der Liste gestrichen worden. So nicht, sagte die CVP!

Grossrat Otto Wertli reichte mit der Unterstützung der CVP und weiteren Mitgliedern aus allen Fraktionen ein Postulat ein. Dadurch soll die Kompetenz zur Festlegung der Feiertage vom Regierungsrat zum Grossen Rat verschoben werden. In einem Gesetz werden die Feiertage bestimmt. Dabei sollen kirchliche Feiertage und damit religiöse Traditionen, welche in den Regionen verwurzelt sind, beibehalten werden. Der Grosse Rat hat diese Motion von Otto Wertli und eine weitere gleichlautende aus der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei überwiesen.

Die CVP freut sich, dass ihrem Anliegen für den Erhalt von christlich-religiösen Feiertagen mit regionaler Tradition im Grundsatz zugestimmt wurde. Sie wird sich weiterhin mit aller Kraft für dieses Anliegen einsetzen.

Recht verstehen...

Ihr Portal
zum Recht

www.advochannel.ch

Binder
rechtsanwälte



Es gibt keine allein selig machende Familienform

Trudi Huonder,
Grossrätin

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gehört zum politischen Credo der CVP-Familienpolitik. Sie ist auch bemüht, diese Familienform mit Kinderkrippen und Tagesstätten zu unterstützen. Noch ist aber in dieser Richtung vieles zu tun. Kinderkrippen sollten ausgebaut, Tagesschulen müssen erweitert werden. Auch eine nachschulische Betreuungsreform mit Hausaufgabenhilfen wäre sehr nötig, weil nicht alle Eltern gleichzeitig mit dem Schulende am Nachmittag ihre Arbeit beenden können.

Das Modell der geteilten Erwerbs- und Familienarbeit ist gesellschaftliche Realität geworden. Vier von fünf Frauen sind heute erwerbstätig. Frauen mit Kindern arbeiten meist Teilzeit. Männer eher nicht. Nach wie vor ist unüberhörbar, wie Eltern, mehr noch allein erziehende Mütter, im Spannungsfeld der Erwerbsarbeit und Familienarbeit stehen. Viele haben gar keine Wahl: sie müssen zur Existenzsicherung ausser Haus arbeiten gehen.

In letzter Zeit grassieren Publikationen, die dieses Modell der partnerschaftlichen Teilung der Erwerbs- und Familienarbeit kontrovers zur Diskussion stellen und arg hinterfragen. Die Doppelbelastung ist ein ständiges Damoklesschwert im Leben der erwerbstätigen Frauen. Der durchorganisierte Alltag und das knallharte Zeitdiktat sind eine harte Realität: von Work-Life-Balance keine Spur – zu gross ist die Belastung.

Frauen, die Beruf und Familie unter einen Hut bringen wollen, sollten vom Perfektionismus wegkommen, tönt es von den RatgeberInnen auf diesem Gebiet. Diese Art von Prioritätensetzung verfolgten schon längst die Teilzeit-Familienfrauen. Nun gibt es Frauen, auch gut ausgebildete, die diesem Powerfrau-Modell entfliehen wollen und sich bewusst für ein Voll-Zeit-Mutter-Dasein entscheiden. Und diese Frauen lassen sich nicht unter dem Titel «Heimchen am Herd» verunsichern. Ich zitiere eine Hausfrau: «Endlich werde ich wieder öffentlich respektiert, und ich bin froh, dass die Zeit vorbei ist, in der ich mich dauernd rechtfertigen oder entschuldigen musste, dass ich ausser Haus berufstätig bin.»



Familien und Bildung stärken.

JA zu den Kinderzulagen

Besser für unser Land. **CVP**

Die Essenz dieser kontroversen öffentlichen Diskussionen: den Heilsweg gibt es nicht. Jedes Modell hat seine Vor- und Nachteile. Wichtig ist nur eines: Familie sein und Kinder haben, ist

nicht nur eine private Angelegenheit, sie gehört in die öffentliche, gesellschaftliche Diskussion.

So oder so: Egal welche Form die Familien auch leben, sie müssen unterstützt werden. Jetzt ist nicht die Zeit für lange Theorien, jetzt ist es an der Zeit, ein Zeichen zu setzen und dem neuen Familienzulagengesetz zuzustimmen. Es bringt für alle Familienformen die notwendigen Verbesserungen.

Herausgeber: CVP Aargau
Mitgliederzeitschrift der CVP Aargau
Erscheinungsweise: 11x jährlich
Jahresabonnement: Fr. 40.-
Auflage: 11 400 Exemplare
Redaktion: Markus Hungerbühler
Administration: Sekretariat CVP Aargau,
Bahnhofstr. 7, 5400 Baden
Tel. 056 222 97 97, Fax 056 222 93 52
E-Mail: info@cvp-aargau.ch
Satz und Druck: Bürl AG, Döttingen

AZB
5400 Baden

A 15. November 2006, 16.45 Uhr
(1. Teil), 18.30 Uhr (2. Teil)
Schloss Böttstein, 500er Club Abend

D 8. Dezember 2006, 15.00 Uhr
Aula Fachhochschule Windisch,
SCVP Aargau
«Familien heute - Familien morgen»

E 12. Dezember 2006, 19.00 Uhr
Baumgartner's Trotte, Tegerfelden
Rebgötti-Treff

G 14. Dezember 2006, 19.00 Uhr
Parteisekretariat Baden
Parteileitungssitzung

A 11. Januar 2007, 19.30 Uhr
Trafo-Halle, Baden, Nominations-
parteitag zu den Wahlen 2007

Detaillierte Informationen zu den einzelnen
Veranstaltungen finden Sie auf unserer
Homepage unter www.cvp-aargau.ch.